



Junge Ideen für die
Zukunft Europas



MANIFEST



Education eDemocracy Energy
#EP2019 Engage Elections
European Elections #Future
Youth Participation Security
Digitalisation Climate
#YoungCitizens'FutureLabs
Reengage #FutureofEurope
Migration Solidarity Education
#EngagEU Energy Digitalisation #EP2019

engag.eu



@EngagEU_Project



@EngagEU.Project

April 2019

Institut für Europäische Politik e.V.
Bundesallee 23
D-10717 Berlin

Tel.: +49-30-889134-0

Fax: +49-30-889134-99

Redaktion: Jana Schubert, Dr. Funda Tekin

Layout: Fabian Weber

Projektleitung:

 Institut für
1959 – 2019 Europäische Politik

Kontakt:

Jana Schubert

E-Mail: Jana.Schubert@iep-berlin.de

Tel.: +49-30-889134-51

Projektpartner:

 *Centre international
de formation européenne*



WiseEuropa



Kofinanziert durch das Programm
Europa für Bürgerinnen und Bürger
der Europäischen Union

Disclaimer: Diese Publikation spiegelt lediglich die Sicht der Autorinnen und Autoren wider. Die Europäische Kommission kann nicht für die Inhalte und deren Weiterverwendung verantwortlich gemacht werden.

Autorinnen und Autoren:

Andreas Stahlmann, Deutschland

Andrzej Sykuła, Polen

Betül Türkeri, Deutschland

Carolina de Albuquerque, Portugal

Ewa Niewęłowska, Polen

Giulia Bonacquisti, Italien

Gustav Spät, Deutschland

Jana Schubert, Deutschland

Klajdi Kaziu, Albanien

Lukasz Dabros, Polen

Marcel Saur, Deutschland

Meiram Sarybayev, Kasachstan

Nicola Rebmann, Deutschland

Philipp Raab, Deutschland

Sara Kibler, Frankreich

Snezana Vasiljeva, Litauen

Basierend auf den Ideen von über 500 jungen Bürgerinnen und Bürgern, die EU-weit an vier #YoungCitizens'FutureLabs teilgenommen haben.



Inhalt

Vorwort von Dr. Funda Tekin	5
1. Präambel	10
2. Europäische Identität	11
2.1 <i>Erhöhung der Sichtbarkeit der EU im Alltag</i>	11
2.2 <i>Stärkung von Mobilität und Austausch</i>	12
2.3 <i>Etablierung Europäischer Projektwochen</i>	13
3. Umweltpolitik	16
3.1 <i>Schulunterricht zu Umwelt und Klima</i>	16
3.2 <i>Technologiebasierte Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels</i>	17
3.3 <i>Entwicklung eines Europäischen Pfandsystems</i>	18
4. Integrationspolitik	19
4.1 <i>Die EU als Wissensvermittlerin von erfolgreichen Integrationsprojekten</i>	20
4.2 <i>Verbesserung des sozialen Zusammenhalts durch interkulturellen Dialog und außerschulisches Lernen</i>	20
4.3 <i>Verbesserung der Integration im Bereich der Hochschulbildung</i>	21
5. Außenpolitik	24
5.1 <i>Stärkung der Normen und Werte der EU durch eine Überwachungskapazität für Handelsbeziehungen</i>	24
5.2 <i>Informationssicherheit: Stärkung der East Strategic Communication Task Force</i>	25
5.3 <i>Harmonisierung des militärischen Beschaffungswesens</i>	27
6. Appell	30
<i>Über #EngagEU</i>	32

Vorwort

In den letzten Jahren mussten sich Europa und die Europäische Union (EU) vielen Herausforderungen stellen. Diese reichen von Krisen in der Eurozone – deren Nachwirkungen wir noch heute spüren –, in der direkten Nachbarschaft der EU sowie in der Migrations- und Asylpolitik, über globale Verschiebungen in der liberalen Weltordnung, bis hin zur zunehmenden Rückbesinnung auf den Nationalstaat, die in der britischen Entscheidung über den Austritt aus der Europäischen Union ihren extremsten Ausdruck gefunden hat. In diesen Zeiten sind für die Zukunft Europas zwei Dinge besonders wichtig: den Blick gestaltend nach vorne zu richten und dabei jungen Europäerinnen und Europäern eine Stimme zu geben.

Daher ist es mir eine große Freude, dass Sie wenige Wochen vor den Wahlen zum Europäischen Parlament „*Junge Ideen für die Zukunft Europas*“ in den Händen halten. Dieses Zukunftsmanifest ist das Ergebnis des mehrmonatigen Jugendbeteiligungsprojekts *#EngagEU*, welches das Institut für Europäische Politik e.V. in Berlin in Kooperation mit dem Centre international de formation européenne in Nizza, Wise Europa in Warschau und der Trans European Policy Studies Association in Brüssel durchgeführt hat. Dank der Kofinanzierung durch die Europäische Kommission im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ konnten über 500 Bürgerinnen und Bürger aus mehr als 23 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Ländern des Westlichen Balkans im Rahmen von insgesamt vier *#YoungCitizens’FutureLabs* gemeinsam Ideen und Forderungen für die Zukunft Europas entwickeln und in einem Workshop konkretisieren und verschriftlichen.

Äußerst beeindruckend ist dabei die Bandbreite an Herausforderungen und Politikfeldern, welche die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer während des europaweiten

Konsultationsprozesses benannt haben. In engagierten Debatten mit Expertinnen und Experten entstanden fast 60 Ideen, die erstaunlich konkret die Lebenswelt der jungen Wahlberechtigten widerspiegeln. Den größten Handlungsbedarf identifizierten diese dabei in der Umwelt- und Außenpolitik, bei der Integration von Migrantinnen und Migranten sowie der Stärkung einer gemeinsamen Identität. Daher haben diese Ideen den Weg in dieses Manifest gefunden und können auf den folgenden Seiten nachgelesen werden. Darüber hinaus entstanden weitere, zum Teil sehr kreative Ideen in den Bereichen Gesundheitspolitik, Förderung innereuropäischer Mobilität oder Umwelt- und Lebensmittelmanagement. Diese reichen von der Errichtung von Vogelhäusern zur Verfütterung von altem Brot oder Informationskampagnen an Schulkantinen, um Lebensmittelverschwendung vorzubeugen, bis hin zur Erweiterung der Vergabe kostenloser Interrailtickets für junge EU-Bürgerinnen und -Bürger um eine App zur Koordination von Übernachtungsangeboten und -nachfrage. Es wird besonders deutlich, dass die jungen Ideenentwicklerinnen und -entwickler darauf abzielen, die (Vorteile der) Europäischen Union so früh wie möglich zu vermitteln und erfahrbar zu machen. Daher haben viele der Ideen Maßnahmen an Schulen zum Gegenstand.

Über dieses bunte Stimmungsbild an Zukunftsideen hinaus sind sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihrer gemeinsamen Forderung nach mehr Kommunikation und Informationen über die EU im Alltag der jungen Menschen, mehr Bildungsangeboten zu Politik auf EU-Ebene und mehr Mobilitätsförderung für ein gemeinsam gelebtes Europa einig. Beim Durchblättern der „Jungen Ideen für die Zukunft Europas“ wird deutlich, wie intensiv sich die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Projekts #EngagEU in den letzten Monaten mit den richtungweisenden Entscheidungen, vor denen die EU und europäische Entscheidungsträgerinnen und -träger im Jahr der Europawahlen stehen, beschäftigt haben.

Dass gerade für viele junge Bürgerinnen und Bürger die EU eine nicht mehr wegzudenkende Problemlösungsinstanz ist, wird an den #WhyVote-Statements deutlich, die Sie ebenfalls in diesem Zukunftsmanifest finden. Mit diesen sehr persönlichen Wahlaufrufen haben die #EngagEU-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer in den letzten Wochen europaweit in den sozialen Medien junge Wahlberechtigte zur Stimmabgabe Ende Mai aufgefordert.

Nun gilt es, den in den letzten Monaten entwickelten Forderungen Gehör zu verschaffen: Im Rahmen einer #1stYoungCitizens'Convention im April 2019 in Berlin überreichen junge Rapporteurs des Projekts ihre Ideen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, um gemeinsam rechtzeitig vor den Wahlen vor allem die jungen Wahlberechtigten zur Stimmabgabe aufzurufen. Im September 2019 werden die „Jungen Ideen für die Zukunft Europas“ anlässlich einer #2ndYoungCitizens'Convention in Brüssel mit frisch gewählten Mitgliedern des Europäischen Parlaments diskutiert. Wir sind schon jetzt gespannt zu sehen, welche Forderungen und Ideen die Agenda für die nächste Legislaturperiode des Europäischen Parlaments bestimmen werden.

Zuletzt möchte ich unseren europäischen Projektpartnerinnen und -partnern für die Umsetzung unseres gemeinsamen Projekts in Frankreich, Polen und Belgien danken. Für die engagierte Begleitung und Organisation des mehrmonatigen Konsultationsprozesses, die Betreuung des Schreibprozesses der „Jungen Ideen für die Zukunft Europas“ und die digitale Kommunikation über die Projektaktivitäten danke ich meiner Kollegin Jana Schubert und meinem Kollegen Fabian Weber. Für ihre vielfältige Unterstützung beim Verfassen des Manifests möchte ich Yvonne Braun, Johannes Hofmann, Nicola Rebmann und Gustav Spät danken.

Mein letzter Dank geht an die Rapporteurs, Teilnehmerinnen und Teilnehmer von #EngagEU für ihre engagierte Teilnahme an unserem Projekt und die visionäre Ideenentwicklung für dieses Zukunftsmanifest.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich eine interessante Lektüre und lade Sie herzlich ein, Ihre Eindrücke mit den Verfasserinnen und Verfassern zu diskutieren!

Dr. Funda Tekin

Direktorin, Institut für Europäische Politik e.V., Berlin



#WhyIVote



“

A. Przeworski defined democracy as "a system in which parties lose elections" – as there are some parties that I rather see win than lose, **I will seize the opportunity to express myself** by voting.

Sara Kibler
French

#EngagEU

#WhyIVote



“

I vote because I want to be an **active citizen** of Europe who's responsible for the decisions that are made by the European politicians. Also, because I believe that I, as an individual, can have an **impact on events that happen in my home**, Europe, right here right now. I vote because I care.

Ewa Nieweglowska
Poland

#EngagEU

1. Präambel

Mit der Motivation, im Vorfeld der Europawahlen die Jugendbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen zu steigern, haben sich junge Bürgerinnen und Bürger aus ganz Europa zusammengetan, um dieses Manifest zu schreiben.

Als Verfasserinnen und Verfasser dieses Manifests unterstützen wir das Konzept einer aktiven Unionsbürgerschaft, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, in einer europaweiten Öffentlichkeit eine *gemeinsame* Zukunft zu gestalten.

Wir unterstützen umweltfreundliche Lebensformen mit dem Ziel einer *nachhaltig* gestalteten Zukunft.

Wir unterstützen den interkulturellen Dialog in ganz Europa mit dem Ziel einer *inklusiven* Zukunft.

Wir unterstützen das Konzept der EU als normative Macht für eine *kooperative* und *sichere* Zukunft.

Die Zukunft liegt vor uns. Wir laden Euch ein, diese Zukunft gemeinsam zu gestalten.





2. EUROPÄISCHE IDENTITÄT

Der Erfolg der europäischen Integration wird maßgeblich von der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem europäischen Projekt bestimmt. Obwohl wir die ausschließliche Kompetenz der Mitgliedstaaten im Bereich der Bildungspolitik respektieren, ist es für uns von besonderer Bedeutung, die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Identität bereits früh, d.h. schon im Schulalter, zu fördern. Aus diesem Grund appellieren wir an die Europäische Union, die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung entsprechender Aktivitäten zur Förderung und Verbreitung des europäischen Projekts unter Schülerinnen und Schülern zu unterstützen. Darüber hinaus haben wir weitere Projektideen entwickelt, die den Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern der EU fördern und dadurch das europäische Projekt noch stärker in den Alltag der Menschen integrieren sollen. Für diese Projekte wünschen wir uns die Unterstützung von nationalen und europäischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern.

11

2.1 Erhöhung der Sichtbarkeit der EU im Alltag

Im Alltag vieler Bürgerinnen und Bürger ist die Europäische Union nur wenig sichtbar. Zudem wird sie oftmals lediglich als abstraktes Gebilde, als Problemquelle oder als Sündenbock wahrgenommen. Wir wünschen uns, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der Vorteile und Rechte, die mit ihrer Unionsbürgerschaft einhergehen, allumfänglich bewusst werden und dass sie sich in einer europaweiten Öffentlichkeit engagieren. Dadurch soll eine gemeinsame Dialoggrundlage für alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger geschaffen werden.

Um diese Ziele zu erreichen, schlagen wir ein **gemeinsames europaweites Layout für Personalausweise** vor. Außerdem regen wir die Einrichtung eines **gemeinsamen Europäischen Fernsehsenders**, ähnlich dem bereits bestehenden deutsch-französischen Fernsehsender ARTE, an. Dieser Europäische Fernsehsender soll Nachrichten und Informationen zu Kultur aus europäischer Perspektive beleuchten und ein europäisches Unterhaltungsprogramm anbieten. Das Fernsehprogramm soll in allen offiziellen EU-Sprachen ausgestrahlt werden.

Unser Wunsch, die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit der EU zu stärken, lässt sich nur erreichen, wenn wir Europa im Alltag sichtbar machen und eine gemeinsame Grundlage für Austausch und Dialog schaffen.

2.2 Stärkung von Mobilität und Austausch

Wir wünschen uns, dass junge Menschen verantwortungsbewusste, respektvolle und aufgeschlossene europäische Bürgerinnen und Bürger werden. Daher kritisieren wir, dass nur eine begrenzte Anzahl von Menschen Zugang zu Mobilitäts- und Austauschprogrammen hat. Dadurch laufen die Programme Gefahr, einen exklusiven Charakter zu erhalten und potenzielle Teilnehmerinnen und Teilnehmer davon auszuschließen, von den Vorteilen europäischer Austausch- und Begegnungsprogramme zu profitieren.

Jeder interessierten Bürgerin und jedem interessierten Bürger sollte die Teilnahme an diesen Programmen ermöglicht werden. Um dies zu erreichen, fordern wir **Vollstipendien für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programms „Erasmus+“** (einschließlich der Reisekosten). Zudem

fordern wir die Ausweitung des Rahmens von „Erasmus+“ auf Schulen, um die Mobilität junger Menschen auch jenseits der Universitäten zu erhöhen. Die EU sollte ihre Mitgliedstaaten dabei unterstützen, Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe II die Teilnahme an kürzeren **Austauschprogrammen (3 Monate) oder langfristigen Austauschprogrammen (bis zu einem Schuljahr)** zu ermöglichen, beispielsweise durch die Einrichtung einer Plattform für Lernvereinbarungen über den Schüleraustausch. Dadurch könnte die EU Effizienz und Nutzen des Schüleraustauschs gewährleisten.

Um junge Menschen noch stärker in die europäische Gemeinschaft einzubinden, schlagen wir **die Erweiterung des Europäischen Solidaritätskorps um einen verpflichtenden Zivildienst** vor. Der Europäische Zivildienst zielt darauf ab, Möglichkeiten für junge Menschen zu schaffen, sich als Freiwillige oder in Projektarbeit für die europäische Gemeinschaft und Bevölkerung zu engagieren. Der verpflichtende Zivildienst sollte mindestens 6 Monate, maximal 12 Monate dauern. Eine Art Auslandszuschlag bei der Vergütung könnte einen Anreiz schaffen, diesen Einsatz außerhalb des Heimatlandes abzuleisten.

2.3 Etablierung Europäischer Projektwochen (EPW)

Die aktuellen didaktischen Modelle des Schulunterrichts über die Europäische Union und ihre Entscheidungsprozesse sind, sofern sie überhaupt existieren, oft dergestalt angelegt, dass Schülerinnen und Schüler die EU nicht mit ihrem täglichen Leben in Verbindung bringen. Für viele Schülerinnen und Schüler ist die Europäische Union kaum relevant. Wir wünschen uns, dass Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II die Chancen und Möglichkeiten erkennen, welche die Europäische Union ihnen bietet.

Daher bitten wir die Mitgliedstaaten, gemeinsam an der Umsetzung **Europäischer Projektwochen (EPW)** zu arbeiten. Langfristiges Ziel ist es, dass Schülerinnen und Schüler eine emotionale Bindung zur EU aufbauen, dass sie über die Union informiert und ermutigt werden, sich aktiv am europäischen Projekt zu beteiligen. Diese Ziele sollen durch die Organisation von Workshops zu Themen wie Sprache, Kultur und Mobilität erreicht werden. Darüber hinaus könnten inspirierende Persönlichkeiten wie Mitglieder des Europäischen Parlaments oder Buchautorinnen und -autoren zu den EPW eingeladen werden. Die Europäischen Projektwochen sollen in allen Schulen und Schulformen stattfinden und entweder von „Erasmus+“-Kordinatorinnen oder -Koorinatoren, die bereits an der Schule unterrichten, anderen interessierten Lehrkräften oder Freiwilligen im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps organisiert werden. Um die Organisatorinnen und Organisatoren auf die EPW vorzubereiten, empfehlen wir Wochenend-Workshops in europäischen Hauptstädten. Diese sollten den Austausch über bewährte Verfahren sowie das gegenseitige Lernen und Verständnis fördern. Zur Finanzierung der EPW sollte der nächste „Erasmus+“-Rahmen Fördermittel zur Verfügung stellen, deren Beantragung unbürokratisch und unkompliziert ausgestaltet werden sollte.



Unsere Vorschläge **kurz und knapp:**

- Wir fordern ein gemeinsames **europäisches Layout für nationale Personalausweise**;
- Wir fordern die Einrichtung eines gemeinsamen **Europäischen Fernsehsenders**, der Nachrichten und Informationen zu Kultur aus europäischer Perspektive beleuchtet und ein europäisches Unterhaltungsprogramm anbietet;
- Wir fordern die **Erweiterung des Europäischen Solidaritätskorps um einen verpflichtenden Zivildienst**;
- Wir fordern **Vollstipendien** für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programms „Erasmus+“;
- Wir fordern die Etablierung von Austauschmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler;
- Wir fordern die Umsetzung **Europäischer Projektwochen (EPW)** an Schulen zur Stärkung der Identifizierung mit dem europäischen Projekt.

Mit diesen Forderungen wollen wir die Unionsbürgerschaft auf dem Weg zu einer gemeinsam gelebten Zukunft stärken.

3. Umweltpolitik



Eine intakte und gut funktionierende Umwelt ist die Lebensgrundlage künftiger Generationen. Wir fordern, dass die EU ihrer Versprechen sowie der von ihr beanspruchten Führungsrolle im Klimaschutz gerecht wird und den Weg in eine nachhaltige Zukunft für ihre Bürgerinnen und Bürger sowie die internationale Gemeinschaft ebnet. Die Zeit zu Handeln ist für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger gekommen. Wir haben drei Bereiche identifiziert und hierfür jeweils Ideen formuliert, die einen Beitrag zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels leisten können.

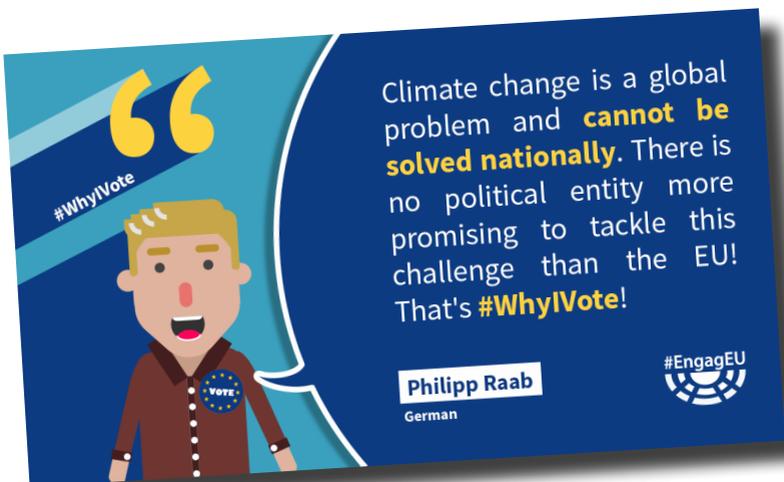
3.1 Schulunterricht zu Umwelt und Klima

Wir sehen es äußerst kritisch, dass in den Schulen wenig über drängende Fragen der Umwelt und des Klimas gelehrt wird. Es ist notwendig, Schülerinnen und Schülern schon so früh wie möglich Wissen über Themen wie nachhaltige Lebensweise, Recycling und Kreislaufwirtschaft an die Hand zu geben. Das Ausmaß der Umweltprobleme, vor denen die Europäische Union bereits heute steht, muss angemessen in den Lehrplänen widerspiegelt werden.

Als erste Konsequenz sollte die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten dazu ermutigen, ein **Schulfach „Umwelt- und Klimabildung“** in Grundschulen und weiterführenden Schulen einzuführen. So könnte Basiswissen bereits früh vermittelt werden. Um den Mitgliedstaaten und Schulen diesen Schritt zu erleichtern, schlagen wir die europaweite Schaffung eines Pools an Unterrichtsmaterialien (Arbeitsblätter, Daten, Dokumentarfilmen, Projektideen, Simulationen etc.) vor. Die Mitgliedstaaten und ihre Schulen können diesen Materialpool frei und freiwillig nutzen und ihre Lehrpläne so auch an länderspezifische Anforderungen anpassen.

3.2 Technologiebasierte Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels

Der Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 sieht vor, dass die EU im Vergleich zum Jahr 1990 die Energieeffizienz um 32,5 Prozent steigert und die Emission von Treibhausgasen um 40 Prozent verringert. Angesichts dieser ambitionierten Ziele fordern wir eine den Ansprüchen gerecht werdende **Finanzierung für die Forschung an technologiebasierten Lösungen** im Rahmen des Schlüsselbereichs „Forschung und Entwicklung“ im mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027. Um die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu überwinden, müssen **Wissenschaft und Industrie europaweit miteinander kooperieren**. Die EU kann und muss dabei aktiv unterstützend tätig sein. Dies könnte beispielsweise durch eine Erweiterung des Mandats des Informationsdiensts der Gemeinschaft für Forschung und Entwicklung (CORDIS) ermöglicht werden, der künftig noch proaktiver Entwicklung und Industrie zusammenbringen könnte.



3.3 Entwicklung eines Europäischen Pfandsystems

Im Jahr 2016 hat jede Bürgerin und jeder Bürger der Europäischen Union ca. 480 kg Müll produziert. Diese Menge muss signifikant verringert werden, um den zukünftigen Generationen ein gesundes und sicheres Leben zu ermöglichen. Bereits existierende und funktionierende Konzepte der Kreislaufwirtschaft, wie beispielsweise das deutsche Pfandsystem, können leicht und kostengünstig auf andere Länder übertragen werden und so einen Beitrag zur Reduzierung der Müllmenge leisten. Das Adaptieren von erfolgreichen Konzepten macht zudem die kosten- und zeitintensive Entwicklung und Implementierung neuer Ideen überflüssig. Daher fordern wir die EU dazu auf, Pfandsysteme für Flaschen, Batterien und Plastiktüten europaweit einzuführen und Konzepte zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung umzusetzen. In Zusammenarbeit mit Unternehmen, lokalen Akteuren und Gemeinden sowie Nichtregierungsorganisationen sollte letztendlich die **Entwicklung eines Gemeinsamen Europäischen Pfandsystems („Common European Refund System“ – CERes)** angestrebt werden.

Unsere Vorschläge **kurz und knapp**:

- Wir fordern ein **Schulfach „Umwelt- und Klimabildung“** für alle Schulformen, basierend auf einem europaweiten, gemeinsamen Pool für Unterrichtsmaterialien;
- Wir fordern eine angemessene Höhe an Fördermitteln für die Forschung und **Entwicklung technologiebasierter Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels**;
- Wir fordern Forschung und Industrie proaktiver zusammenzubringen;
- Wir fordern die Entwicklung eines **Gemeinsamen Europäischen Pfandsystems** auf Basis erfolgreicher Konzepte.

Damit wollen wir konkrete Schritte in Richtung einer nachhaltig gestalteten Zukunft einschlagen.

4. Integrationspolitik

Die Mobilität des Menschen ist fester Bestandteil unseres Jahrhunderts. Deshalb sollten wir uns nicht nur der Gestaltung von Migration widmen, sondern uns auch auf die Frage konzentrieren, wie wir Asylsuchende und Migrantinnen und Migranten in unsere Gesellschaft integrieren können. Um den sozialen Zusammenhalt langfristig zu verbessern und Rassismus und Diskriminierung zu bekämpfen, fordern wir die EU auf, weiterhin auf eine bessere Integration dieser Menschen hinzuwirken. Dazu gehören einerseits die Achtung der Werte und der Kultur der Europäischen Union, andererseits aber auch die Verbesserung des interkulturellen Bewusstseins der Einheimischen und ihres Verständnisses für die Kultur von Asylsuchenden, Migrantinnen und Migranten. Hierfür haben wir drei Ideen, die eine positive Einstellung gegenüber Vielfalt fördern, Ausgrenzung vermeiden und gleichzeitig Inklusion gewährleisten sollen.



4.1 Die EU als Wissensvermittlerin von erfolgreichen Integrationsprojekten

Als Werteunion muss die EU die Menschenwürde und die Grundrechte aller Drittstaatsangehörigen auf ihrem Territorium garantieren. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit zunehmen.

Seit 2016 wurden bereits viele Anstrengungen unternommen, um die Integration von Migrantinnen und Migranten in der Europäischen Union zu erleichtern. Allerdings haben sich die Mitgliedstaaten noch immer nicht auf einen integrativen Ansatz in der Migrations- und Asylpolitik geeinigt. Da die Mitgliedstaaten hinsichtlich der Integration von Migrantinnen und Migranten oft vor ähnlichen Herausforderungen stehen, wünschen wir uns, dass die **Europäische Union die Rolle einer Wissensvermittlerin** einnimmt, die den **Austausch über erfolgreiche Integrationsmaßnahmen und -projekte im nationalen und lokalen Kontext** erleichtern soll.

4.2 Verbesserung des sozialen Zusammenhalts durch interkulturellen Dialog und außerschulisches Lernen

Um den interkulturellen und interreligiösen Dialog zwischen Asylsuchenden, Migrantinnen, Migranten und Einheimischen zu fördern, schlagen wir die **Einrichtung regionaler interkultureller Zentren als Plattform für Austausch und Solidarität** vor. Diese Zentren könnten ein Mentoren-Programm, außerschulische Bildungsangebote und Sprachkurse anbieten.

Das Mentoren-Programm würde Asylsuchenden, Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit eröffnen, sich mit lokalen Mentorinnen und Mentoren auszutauschen. Eine Online-Plattform könnte die erste Kontaktaufnahme erleichtern. Migrantinnen und Migranten, die bereits seit einigen Jahren in einem EU-Land leben, sollten ermutigt werden, selbst Mentorin

oder Mentor zu werden und ihre Integrationserfahrungen mit Neuankömmlingen zu teilen.

Die interkulturellen Zentren sollten die Möglichkeit bieten, verschiedene europäische Sprachen (mindestens Englisch und die Sprache des Aufnahmelandes) zu lernen, sowie die Sprache der Migrantinnen und Migranten bzw. Asylsuchenden (für Einheimische).

Zudem könnten die Zentren ein außerschulisches Bildungsprogramm anbieten, um den kulturellen Austausch zu fördern und das interkulturelle Bewusstsein zu stärken. Dazu könnten beispielsweise Debatten über Grundrechte wie die Meinungs- und Religionsfreiheit oder das Recht auf Gleichstellung und Nichtdiskriminierung in der Europäischen Union oder auch traditionelle Tanzstunden und andere Formen der Begegnung von Menschen im Rahmen von Kunstprojekten gehören.

Bereits bestehende lokale Programme (z.B. „Start with a friend“ in Berlin) oder im Rahmen des Programms „Creative Europe“ geförderte erfolgreiche Integrationsprojekte („The sound routes. Notes for getting closer“) können als Ausgangspunkt für die Organisation interkultureller Dialoge dienen. Die interkulturellen Zentren der verschiedenen Regionen sollten miteinander verbunden und für alle zugänglich sein. Daher fordern wir die lokalen und regionalen Akteure auf, mit dem Ausschuss der Regionen zusammenzuarbeiten und die europäischen Städte- und Regionalnetzwerke zu nutzen.

4.3 Verbesserung der Integration im Bereich der Hochschulbildung

Bildung ist ein wichtiges Integrationsinstrument. Deshalb schlagen wir die Einrichtung eines „**Testsemesters**“ an Universitäten für Migrantinnen und Migranten bzw. Asylsuchende vor, die in einem EU-Land ein Studium beginnen oder fortset-

zen wollen. Dieses könnte durch die Programme „Creative Europe“ oder „Erasmus+“ finanziert werden und die Form eines „Semesters auf Probe“ annehmen, in dem die Studierenden aus Drittländern etwa 15 bis 20 ECTS (European Credit Transfer and Accumulation System) absolvieren müssen.

Dies würde vielen Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürgern, deren Hochschulzugangsberechtigung nicht formal akzeptiert wird, ermöglichen, ihre Befähigung zum Hochschulstudium nachzuweisen. Darüber hinaus würde es ihnen helfen, das akademische Niveau zwischen den Universitäten zu vergleichen und die akademischen Methoden und Sprachen ihres Gastlandes kennenzulernen. Letztendlich würde diese Maßnahme auch die Integration in den Arbeitsmarkt des Aufnahmelandes erleichtern.

A graphic featuring a cartoon man in a red shirt with a European Union flag badge, a speech bubble with text, and various logos. The background is split into yellow and blue sections.

“
#WhyVote

It is foreseeable that the next European Parliament will not have a clear majority which will make it more difficult to implement laws on European level. Accordingly, every vote counts. **Let's decide together** what kind of Europe we want to live in!

Fabian Weber
German

#EngagEU

Unsere Vorschläge **kurz und knapp:**

- Stärkung der EU als **Wissensvermittlerin** über erfolgreiche Integrationsmaßnahmen
- Wir fordern **regionale interkulturelle Zentren** zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch die Bereitstellung:
 - eines **Buddy-Programms**, das den Austausch zwischen Einheimischen, Asylsuchenden, Migrantinnen und Migranten fördern soll,
 - von **Sprachkursen** für Englisch und die Sprache des Gastlandes,
 - von interkulturellen Bildungsangeboten,
- Wir fordern zudem die Etablierung eines „**Universitätssemesters** auf Probe“ für Asylsuchende, Migrantinnen und Migranten.

Mit diesen Vorschlägen wollen wir ein Zeichen gegen Ausgrenzung, Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit setzen und auf eine inklusive Zukunft hinwirken.



5. Außenpolitik

Als globaler Akteur und größter Handelsblock weltweit ist die EU in der Lage, die internationale Politik und Handelspraktiken mitzugestalten. Vor diesem Hintergrund erwarten wir von der EU, sowohl im Inneren als auch im Äußeren stets auf Basis ihrer Grundwerte – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte – zu agieren. Mehr noch erwarten wir von der EU, in ihren Mitgliedstaaten und in den Beziehungen zu Drittstaaten auf die Einhaltung dieser Grundwerte zu achten. Angesichts aktueller Herausforderungen, die in Teilen unsere liberale Weltordnung angreifen, sind diese Forderungen umso relevanter.

5.1 Stärkung der Normen und Werte der EU durch eine Überwachungskapazität für Handelsbeziehungen

Seit den 1990er Jahren sind Menschenrechtsklauseln Teil der Wirtschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit Drittstaaten. Basierend auf diesen Klauseln kann die Union im Falle einer Verletzung der Menschenrechte oder der demokratischen Grundsätze durch den Vertragspartner „geeignete Gegenmaßnahmen“ ergreifen. Allerdings fehlt es auf EU-Ebene an Kapazitäten zur Überwachung der Anwendung und Einhaltung ebendieser Klauseln.

Wir schlagen daher vor, eine unabhängige **Überwachungs-kapazität** zu schaffen. Diese sollte sicherstellen, dass die Verletzung der oben genannten Klauseln ernst genommen wird. Sie sollte deshalb mit dem Mandat ausgestattet werden, die Umsetzung der vertraglich vereinbarten Bestimmungen über Normen, Standards und Werte zu überwachen. Im

Fälle schwerer und/oder anhaltender Verstöße sollte die Überwachungskapazität die Europäische Kommission hinsichtlich eines geeigneten Vorgehens zur Eindämmung der Verstöße beraten können.

5.2 Informationssicherheit: Stärkung der East Strategic Communication Task Force

Im 21. Jahrhundert ist die Sicherheit von Informationen ebenso wichtig wie Energie- oder militärische und wirtschaftliche Sicherheit. Seit Jahren sind die EU und den Mitgliedstaaten jedoch von der organisierten Verbreitung von Falschinformationen und Negativkampagnen betroffen. Diese schaden dem Ansehen der EU, senken das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Union und untergraben die politische und soziale Stabilität in ihren Mitgliedstaaten. Die an solchen Aktivitäten beteiligten Parteien stützen ihre Ideen auf Extremismus, Autoritarismus, Gewalt und Korruption – Ideen, die im Widerspruch zu den Grundwerten der EU stehen.

Nach vorliegenden Erkenntnissen sind diese Handlungen überwiegend auf die Russische Föderation, genauer gesagt auf ihre staatlichen Medien, sowie auf fragwürdige Internetseiten und Kanäle in digitalen sozialen Netzwerken zurückzuführen. Besonders augenfällig wurden solche Fehlinformationskampagnen in kritischen Momenten wie der illegalen Annexion der Krim im Jahr 2014, dem britischen Referendum über den Austritt aus der EU im Jahr 2016 und den französischen Präsidentschaftswahlen 2017. Diese jüngsten Entwicklungen, begleitet von allgemeinem Misstrauen gegenüber der Presse und den Medien, geben externen Akteuren (darunter nicht nur Russland, sondern auch anderen staatlichen Akteuren und organisierten Gruppierungen) die Möglichkeit, in das demokratische System der EU einzugreifen. Sie stellen somit eine ernsthafte Bedrohung für die Grundwerte der Europäischen Union dar.

Im Jahr 2015 gründete Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, die „East Strategic Communication Task Force“ (East StratCom Task Force) – eine beim Europäischen Auswärtigen Dienst angesiedelte Arbeitsgruppe mit dem Ziel, Falschinformationen und Desinformationskampagnen über die EU entgegenzuwirken. Obwohl das Budget der Arbeitsgruppe von 1,1 Mio. Euro im Jahr 2018 auf 3 Mio. Euro im Jahr 2019 aufgestockt wurde, macht es die sehr begrenzte Mittelausstattung der Task Force unmöglich, organisierter Desinformation wirksam zu begegnen und proaktiv Informationen über die EU zu verbreiten.

Wir sind der Ansicht, dass die **East StratCom Task Force hinsichtlich ihrer Größe und Finanzierung** (z.B. im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU) **erweitert** werden sollte. Die Arbeitsgruppe sollte in der Lage sein, Falschaussagen und Fehlinformationen wirkungsvoll gegenüber der Öffentlichkeit richtigzustellen. Für diese Zielsetzung benötigt sie nicht nur Sozial- und Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, sondern auch Journalistinnen und Journalisten, Übersetzerinnen und Übersetzer sowie Expertinnen und Experten für Informationstechnik und digitale soziale Netzwerke. Auch der Handlungsspielraum der Arbeitsgruppe sollte erweitert werden: Sie sollte in der Lage sein, Desinformationen nicht nur ausgehend von Russland, sondern auch von anderen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren (z.B. extremistischen politischen oder religiösen Bewegungen) zu verhindern. Wir schlagen daher vor, den Namen in „StratCom Task Force“ zu ändern. Schließlich sollte die Arbeitsgruppe auch die Überprüfung von Tatsachen und die bewusste Nutzung des Internets fördern, z.B. durch die Bereitstellung von zertifiziertem Lehrmaterial für europäische Pädagoginnen und Pädagogen für die Arbeit an Schulen.



5.3 Harmonisierung des militärischen Beschaffungswesens

Die aktuellen und zukünftigen Sicherheitsherausforderungen machen nicht an nationalen Grenzen halt. Phänomene wie Terrorismus, Cyber-, Energie- bzw. Klimasicherheit erfordern eine gemeinsame Strategie aller EU-Mitgliedstaaten. Angesichts mangelnder Gewissheit über die Selbstverpflichtung der NATO-Bündnispartner gegenüber dem transatlantischen Verteidigungsbündnis oder dem Krieg im östlichen Teil der Ukraine wird die Fähigkeit, sich vor potenziellen Bedrohungen zu schützen, immer dringlicher.

Wir sind fest davon überzeugt, dass der erste Schritt zu einer effektiveren Sicherheitspolitik der Europäischen Union durch die Harmonisierung der verschiedenen militärischen Beschaffungswesen erfolgen muss. Ein einheitlicher Ansatz zur Erfüllung der Anforderungen der mitgliedstaatlichen Streitkräfte wird entscheidend für den Aufbau effizienter Lieferketten sowie militärischer Logistiknetzwerke sein, die qualitativ hochwertige Endprodukte rechtzeitig genau dort liefern, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Die EU hat bereits große Anstrengungen unternommen, um die **Harmonisierung der Rüstungsnormen und Beschaffungsverfahren** z.B. im Rahmen der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) und der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) zu fördern. Wir schlagen vor, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Institutionen zu erleichtern und insbesondere die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission zu verstärken. Zudem erachten wir die stärkere Beteiligung von Industrie- und Rüstungsunternehmen an diesem Harmonisierungsprozess für entscheidend, da die größte Wirkung auf der Angebotsseite erzielt werden kann.



Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten vermehrt die Frage der Harmonisierung bei der Verwaltung ihrer Verteidigungsprojekte berücksichtigen, um Mittel aus dem Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) zu erhalten. Wir schlagen vor, diese Bedingung in die SSZ zu integrieren.

Unsere Vorschläge **kurz und knapp**:

- Wir fordern eine **Überwachungskapazität**, welche die Einhaltung der Grundwerte, Normen und Standards der EU in ihren Handelsbeziehungen mit Drittstaaten überwacht;
- Wir fordern eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung der **East StratCom Task Force** und die Ausweitung ihres Mandats auf andere Regionen;
- Wir fordern eine **stärkere Harmonisierung des militärischen Beschaffungswesens der EU-Mitgliedstaaten**, beispielsweise durch einen Fördermittelanreiz im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit.

Mit diesen Vorschlägen unterstreichen wir, dass die EU auf Basis ihrer Grundwerte mit dem Ziel einer kooperativen und sicheren Zukunft agieren sollte.

#WhyIVote



I want more Europe. A Europe that leads as a global governor and assumes **its normative responsibilities**. A Europe that protects our planet, that focuses on education and on the **celebration of our differences**.

Carolina de Albuquerque #EngagEU
French



#WhyIVote



Taking into account the complexity of current challenges, we see that issues don't stop at national borders. Therefore the **EU is without any alternative**. I firmly believe in the EU as a future of unity, diversity and peace.

Nicola Rebmann #EngagEU
German



6. Appell

Wir laden alle jungen Europäerinnen und Europäer sowie Europäerinnen und Europäer aller Generationen ein, ihre Wünsche und Ideen für die Zukunft Europas aktiv und engagiert vorzubringen.

Die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament sind von essenzieller Bedeutung für den Erfolg des europäischen Projekts. An die politischen Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten gerichtet sagen wir: Unsere Stimmen, die Stimmen der jungen Bürgerinnen und Bürger, zählen. Daher fordern wir Euch auf, unsere in diesem Manifest festgehaltenen Vorschläge und Ideen ernst zu nehmen.

Lasst uns gemeinsam die Zukunft gestalten! Es ist unsere einzige Zukunft!



“
#WhyVote



Do you want to make a positive impact? **Voting gives you that chance!** I am convinced that my power is in my vote and I want to make sure that **my voice is heard in these elections.** This is our Europe, so let's take the time to help decide what's best for us!

Sophia Klumpp
German

#EngagEU

“
#WhyVote



Forstering the EU's enlargement means **pushing for a deeper integration.** Therefore I strive for an ever closer and inclusive Europe, able of providing mutual rights and opportunities to everyone.

Klajdi Kaziu
Albania

#EngagEU



Die kommenden Europawahlen im Mai 2019 finden in einem Kontext populistischer, protektionistischer und nationalistischer Tendenzen in Europa statt. Zudem scheint die stetig sinkende Wahlbeteiligung der europäischen Bürgerinnen und Bürger seit der Einführung der Direktwahl zum Europäischen Parlament vor fast 40 Jahren die gefühlte Entfremdung der Wahlberechtigten von europäischen EntscheidungsträgerInnen zu bestätigen. Pro-europäische Kräfte, die die Zukunft der EU der verbleibenden 27 Mitgliedstaaten gestalten wollen, sehen sich mit lautstarken EU-GegnerInnen konfrontiert.

In Großbritannien hat sich erstmals die Bevölkerung eines Landes in einem Referendum mit knapper Mehrheit zum Austritt aus der EU entschieden. Im Nachgang dieser historischen Entscheidung wurde schnell deutlich, dass die jungen Britinnen und Briten, gleichzeitig auch Bürgerinnen und Bürger der EU und Teil der sogenannten Generation Erasmus, den Austritt ihres Landes aus der EU mehrheitlich ablehnen, trotzdem aber nur Wenige tatsächlich ihre Stimme abgaben. Dies ist nur ein Beispiel für die Dringlichkeit, die junge Bevölkerung zur aktiven Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen zu ermuntern und zu befähigen.

Auch Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, fordert in europaweiten Bürgerdialogen zur aktiven Bürgerpartizipation in der Debatte zur Zukunft der EU vor den nächsten Europawahlen auf. Doch wie lauten die Vorstellungen, Ideen und Forderungen speziell der jungen Bevölkerung auch jenseits der Generation Erasmus? Welche jungen Themen sind auf die Agenda der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments zu setzen? Welche grenzüberschreitenden Themen können das Zusammenwachsen junger EU-Bürgerinnen und Bürger in Europa und ihre Identifikation mit der EU fördern?

Im Rahmen des Projekts #EngagEU hat das Institut für Europäische Politik gemeinsam mit seinen Projektpartnern in Frankreich, Centre internationale de formation européenne, in Polen, WiseEuropa, und in Brüssel, der europaweiten Trans European Policy Studies Association, einen mehrmonatigen Ideensammelungs- und Konsultationsprozess mit innovativen digitalen Instrumenten der Bürgerbeteiligung organisiert, um diesen Fragen auf den Grund zu gehen.

Im Rahmen des Prozesses wurden junge Bürgerinnen und Bürger zu europaweit stattfindenden #YoungCitizens' FutureLabs eingeladen, um junge Themen und Politikideen zu diskutieren mit dem Ziel, im Wahlkampf zum nächsten Europäischen Parlament mit einer starken Stimme junge Themen zu setzen. Abschließend werden die entwickelten Ideen in #YoungCitizensConventions mit einer breiten Öffentlichkeit und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern diskutiert und in einem mehrsprachigen Manifest an die neugewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments adressiert.

Koordinationsbüro am Institut für Europäische Politik:

Projektleitung: Dr. Funda Tekin
Projektmanager: Jana Schubert
E-Mail: jana.schubert@iep-berlin.de

Webseite: engag.eu

 fb.com/EngagEU.Project

 twitter.com/engageu_project

Disclaimer: Diese Publikation spiegelt lediglich die Sicht der Autorinnen und Autoren wider. Die Europäische Kommission kann nicht für die Inhalte und deren Weiterverwendung verantwortlich gemacht werden.

“
#WhyVote



Undoubtedly, **the EU is not perfect**. But not to vote or to vote for parties with an extreme aversion to the EU is not an option – it would be fatal for all of us. **We can make better decisions together** than we can on our own.

Betül T.
German

#EngagEU

“
#WhyVote



The EU is not only the future, it is the **only future** we have.

Andreas Stahlmann
German

#EngagEU

